

Vom Tauwetter zum Frost.**Deutsche und andere Minderheiten in Südosteuropa 1953–1963**

Tagung des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas
an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Geschichtsfakultät
der Babeş-Bolyai-Universität in Klausenburg/Cluj, Rumänien
Klausenburg/Cluj, Rumänien, 2. bis 3. November 2007

Über die Situation von Minderheiten in Südosteuropa in den zehn Jahren nach Stalins Tod diskutierten Historiker aus Deutschland, Österreich, Ungarn und Serbien. Eröffnet wurde die Tagung von *Andrei Marga* (Klausenburg/Cluj), dem Präsidenten des Akademischen Rates der Babeş-Bolyai-Universität, der auf die Bedeutung der Aufbruchbewegung nach Stalins Tod einging. Er vermerkte, dass die damaligen Entwicklungen in Rumänien noch nicht intensiv erforscht wurden, da der Zugang zu den Archiven nach 1989 nur langsam geöffnet wurde.

Mariana Hausleitner (München) referierte, dass die Rede Chruščevs auf dem 20. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 von Historikern als der wichtigste Impuls der Entstalinisierung gesehen wird. Es wird jedoch unterschiedlich ausgelegt, inwieweit Chruščev damit eine Demokratisierung anstrebte oder die Verbrechen der Stalinära vor allem benannte, um seine Rivalen im Machtkampf auszuschalten. Durch die Öffnung des sowjetischen Gulags mussten die Regierungen der osteuropäischen Satellitenstaaten auch politische Häftlinge freilassen. Nach den Aufständen in Polen und Ungarn 1956 kam die Entstalinisierung ins Stocken, weil dort die Massenbewegungen freie Wahlen gefordert hatten, welche die noch kaum konsolidierte Macht der Kommunisten beendet hätten.

Thomas von Ahn (Hamburg) stellte die Reaktionen des Westens auf den Volksaufstand in Ungarn dar. Ein gemeinsames Vorgehen war erschwert, weil die USA von Großbritannien und Frankreich nicht über ihr Eingreifen in die Suez-Krise informiert worden war. Die daraus resultierenden Spannungen zwischen den Großmächten hatten zur Folge, dass eine UN-Resolution erst nach der zweiten sowjetischen Intervention verabschiedet werden konnte. Die „ungarische Frage“ wurde erst 1962 von der Tagesordnung der Vereinten Nationen genommen, nachdem die USA in Geheimverhandlungen mit Ungarn eine Generalamnestie der noch gefangen gehaltenen Repressionsopfer erwirkt hatten.

Franz Horvath (Ludwigslust) schilderte die Repression nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn. Durch den noch bis Ende November 1956 anhaltenden Streik der Arbeiterräte ist die gespannte Lage in Budapest bekannter geworden, doch es gab auch in anderen Städten Widerstandsaktionen und Erschießungen. Über 22.000 Urteile ergingen wegen Teilnahme an Protesten, und die meisten Verurteilten saßen bis zur Amnestie von 1963 in Haft. Der durch den Aufstand zusammengebrochene Repressionsapparat wurde mit Hilfe aus Rumänien schnell wieder aufgebaut. Die rumänischen Parteiführer spielten auch bei der Inhaftierung von Imre Nagy und anderer Regierungsmitglieder eine schändliche Rolle.

Zoran Janetović (Belgrad) analysierte die Rolle Jugoslawiens während und nach dem Budapester Aufstand. Die jugoslawischen Kommunisten verfolgten die Entwicklungen in Ungarn mit zunehmendem Misstrauen besonders nach der Wiedezulassung anderer Parteien. Dadurch sahen sie auch ihr Machtmonopol gefährdet und befürchteten Unruhen unter der ungarischen Minderheit Jugoslawiens. Als nach der sowjetischen Inter-

vention Nagy und andere Regierungsmitglieder in der Botschaft Jugoslawiens Schutz suchten und dort durch eine sowjetische Panzersalve ein jugoslawischer Diplomat tödlich getroffen wurde, verschlechterten sich die zwischenstaatlichen Beziehungen wieder, die erst 1955 normalisiert worden waren.

Michael Portmann (Wien) ging auf die Ziele der jugoslawischen Nationalitätenpolitik ein: Bis Anfang der 1960er Jahre wurde eine Gemeinschaft neuen Typs angestrebt, die Sprachen galten als unwichtig. Angesichts der immer heftigeren Verteilungskämpfe zwischen den Republiken wurde der supranationale Jugoslawismus verworfen. Die Lage der ungarischen Minderheit in der Vojvodina, die einen Anteil von 20% hatte, verbesserte sich nur langsam.

Tamás Lönhart (Klausenburg/Cluj) sprach über die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien, die vor allem in der 1952 geschaffenen Ungarischen Autonomen Region über eigene Bildungsinstitutionen verfügte. Im Herbst 1956 kam das Gerücht auf, dass nun auch die ungarische Bolyai-Universität von Klausenburg nach Neumarkt umziehen müsste. Das trug zur Unruhe unter den ungarischen Studenten bei, die autonome Strukturen einforderten. Die Behörden griffen Anfang November anlässlich einer Solidaritätskundgebung auf dem Klausenburger Friedhof zu repressiven Maßnahmen. Der Initiator dieser Aktion Gyula David saß bis zur Amnestie von 1964 im Gefängnis.

Gyula David (Klausenburg/Cluj) verwies darauf, dass es nicht nur in Klausenburg Proteste gegen die sowjetische Intervention gab, sondern auch im Bihor-Gebiet, in der Moldau und in Bukarest. Durch das Netz der Informanten gelang es, viele Aktionen im Keim zu ersticken. Doch einige Widerstandsgruppen wurden erst 1957 entdeckt, ihre Träger erhielten besonders harte Strafen. Mehrere Personen wurden für lediglich geplante Aktionen zum Tode verurteilt.

Lucian Nastasă (Klausenburg/Cluj) unterstrich, dass durch die Zwangsvereinigung der ungarischen und rumänischen Universität 1959 eine straffere Kontrolle der Intellektuellen durchgesetzt werden sollte. Sie war Teil einer umfangreichen Umgestaltung des Bildungswesens: Es sollten nun weniger Ungarn studieren und auch keine Kinder aus der Mittelklasse, sondern vor allem Rumänen aus den ärmsten Kreisen. Dadurch sollte eine loyale Trägerschicht für die Kommunisten entstehen.

Ioana Florea (Klausenburg/Cluj) schilderte die Protestbewegung in Temeswar im Oktober 1956, an der rumänische, ungarische, deutsche und andere Studierende beteiligt waren. Zuerst ging es nur um das schlechte Mensaessen und die überfüllten Wohnheime, doch bei der spontanen Versammlung von ca. 3000 Studierenden wurde dann auch die bedrängte Lage der Bauern, die Ausbeutung rumänischer Rohstoffe durch die Sowjetunion etc. angesprochen. Als viele Studenten bei einer Demonstration verhaftet wurden, blieb die Unterstützung durch die Arbeiterschaft aus.

Hiltrun Glass (München) stellte fest, dass für die Juden Rumäniens das Jahr 1956 keine Zäsur darstelle. Die Phase der schlimmsten Repression war zwischen 1949 und 1953, damals erhielten Angeklagte wegen zionistischer Agitation Strafen zwischen 5 bis 10 Jahren Gefängnis. Der Druck hatte zu einer starken Emigration nach Israel geführt. Wegen der Suez-Krise mussten die Ausreisen kurz unterbrochen werden: Sie wurden 1958 wieder aufgenommen und bis zur Volkszählung von 1966 hatten 90% der Juden, die 1945 in Rumänien lebte, das Land verlassen.

Zsolt VitÁri (Fünfkirchen/Pécs) meinte, dass für die Deutschen aus Ungarn das Jahr 1956 ebenfalls keine Zäsur war. Der 1955 gegründete Kulturverband der Deutschen hatte keine Ortsgruppen und setzte sich selten mit Nachdruck für mehr deutschsprachigen Unterricht ein. 1958 gab es erst 18 Schulen, in denen deutscher Unterricht stattfand. Daher schritt der Prozess der Assimilation schnell voran.

Hannelore Baier (Sibiu/Hermannstadt) unterstrich, dass Stalins Tod die Rückkehr der Deportierten Banater aus dem Bărăgan ermöglichte und zumeist auch enteignete Häuser an Deutsche zurückerstatten wurden. Der

Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Deutschen ging schnell zurück, von 74% (1948) auf 22% (1956).

Joachim Wittstock (Sibiu/Hermannstadt) berichtete über die Vorgeschichte des Kronstädter Prozesses gegen einige deutsche Schriftsteller 1959. Das Jahr 1956 war für sie insoweit von Bedeutung, dass etwa Wolf Freiherr von Aichelburg seinen Zwangsaufenthalt in der Moldau verlassen durfte. Bei ihm in Hermannstadt sowie in Klausenburg trafen sich einige Schriftsteller, denen später „Unterwühlung der Staatsmacht“ angelastet wurde.

Corneliu Pintilescu (Klausenburg) referierte Erkenntnisse aus neu erschlossenen Unterlagen der Sicherheitspolizei, die er in der staatlichen Behörde CNSAS einsah. Die Securitate mobilisierte viele informelle Mitarbeiter, als der Kronstädter Stadtpfarrer Konrad Möckel Anfang der 1950er Jahre eine immer aktivere Jugendarbeit betrieb. Die Evangelische Kirche wurde als Gefahr für den Monopolanspruch der kommunistischen Partei gesehen. Die spärlichen Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland galten als besonders suspekt.

Joachim Krauss (Berlin) berichtete über Deutsche und Roma im Gebiet um Bistritz und Sächsisch-Regen. Nach der Deportation vieler Deutscher zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion 1945 waren einige Roma vom Dorfrand ins Zentrum gezogen. 1956 bekamen die Deutschen ihre Häuser zurück, nicht aber ihr Land. Daher traten sie den LPGs frühzeitig bei und arbeiteten dort mit Roma zusammen, die teilweise den sächsischen Dialekt vor 1944 als Lohnarbeiter bei Deutschen erlernt hatten.

In der Abschlussdiskussion wurde festgestellt, dass das Tauwetter in der Sowjetunion zwischen 1953 und 1956 auf Rumänien nur schwache Auswirkungen hatte. Nach den hoffnungsvollen Aufbrüchen im Jahr 1956 setzte bis 1963 eine harte Repressionszeit ein. Die Beiträge der Tagung werden als Sammelband von den Organisatoren Rudolf Gräf und Mariana Hausleitner im Münchner IKGS-Verlag herausgegeben.

Mariana Hausleitner

Kontakt:

PD Dr. Mariana Hausleitner
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas e.V.
an der LMU München
Halskestr. 15
81379 München
Tel.: 089-780609-16
Fax: 089-780609-22
E-Mail: Mariana.Hausleitner@ikgs.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.008
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/008-08.pdf>